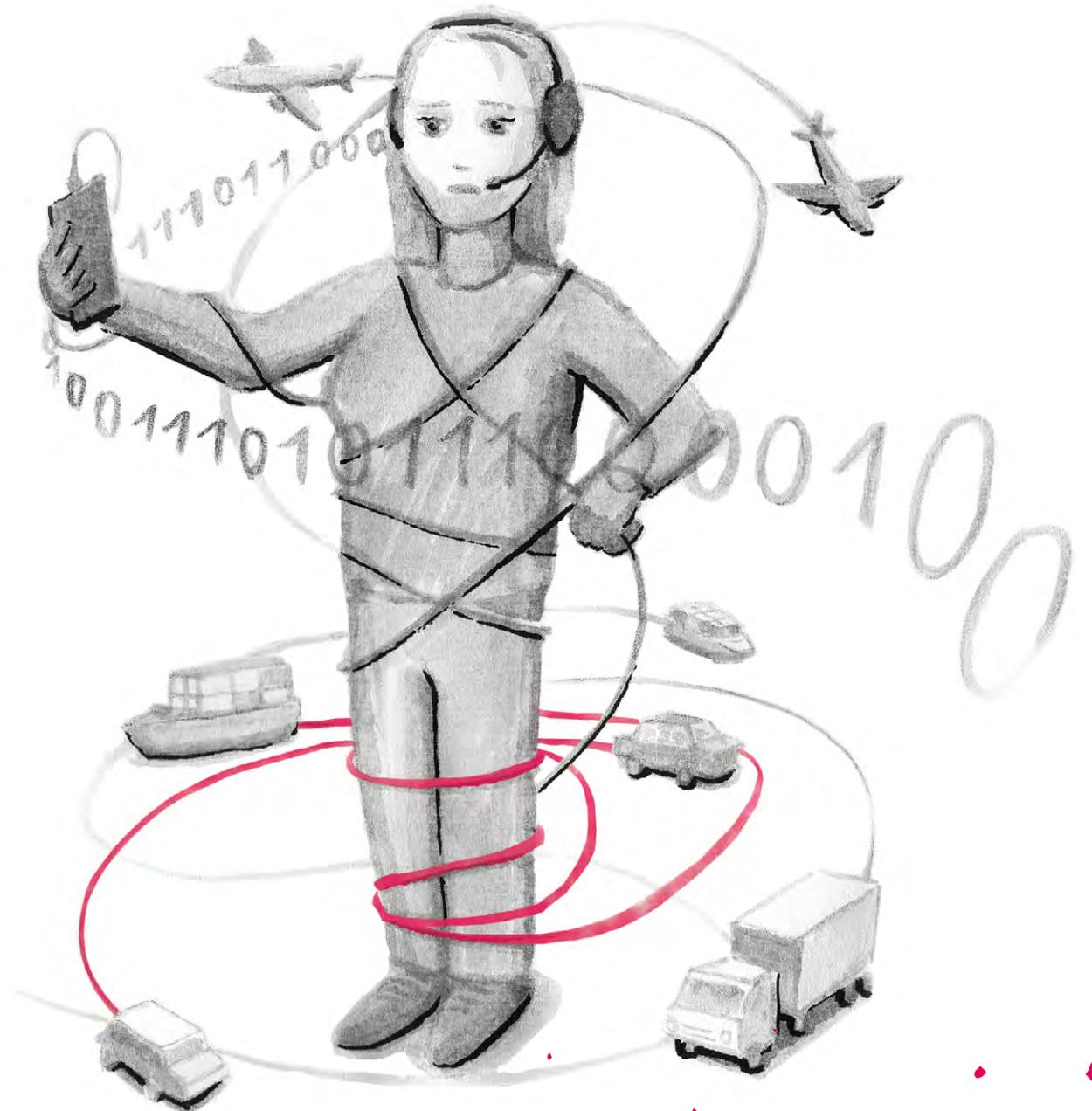


Wirtschaftliche und  
technologische Abhängigkeit

# Schattenseiten der Globalisierung

Von Sebastian Weise

Was lange Zeit als Friedens- und Demokratisierungskatalysator galt, ist heute zum Ausdruck staatlicher Vulnerabilität geworden. Abhängigkeiten und enge Verflechtungen rund um den Globus haben sich spätestens seit Chinas Aufstieg und dem brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine als zweischneidiges Schwert entpuppt. Wirtschaftliche und technologische Interdependenzen müssen fortan stärker hinterfragt werden, denn nur so kann die Wahrung staatlicher Souveränität und Sicherheit langfristig gelingen.



Lange Zeit galt Verflechtung als Treiber von Wohlstand, Demokratie und Menschenrechten. Seit einigen Jahren jedoch wird das, was die Welt eigentlich verbinden und einen sollte, immer öfter zum Austragungsort politischer Konflikte und Treiber demokratieschädlicher Entwicklungen.<sup>112</sup> Was dies für Demokratien bedeutet und welche Risiken sich hieraus ergeben, ist Gegenstand des Beitrags.

## Das Ende des Kalten Krieges als Aufbruch in eine neue Welt

Bis zur Zeitenwende 1989/90 war die Welt geteilt. Zwischen den Blöcken bestanden tiefe mediale, wirtschaftliche sowie kulturelle Gräben. Als der Zerfall der Sowjetunion einsetzte, implodierte nicht nur eine Supermacht. Es war eine Zeitenwende, bei der Interdependenz und Verflechtung diese Gräben überwinden sollten. Zwar waren die Anfänge keineswegs frei von Verwerfungen. Anders als zu Zeiten des Kalten Krieges war nun aber die Weltgemeinschaft willens, die neuen Herausforderungen mithilfe starker multilateraler Organisationen, internationaler Kooperationen sowie der Ausbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft zu adressieren. Hierbei fiel globaler Verflechtung eine entscheidende Rolle zu, herrschte doch die Überzeugung, dass da, wo sich Gesellschaften über nationale Grenzen hinweg engmaschig vernetzen und gegenseitige Abhängigkeiten verfestigen, nicht nur wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand entstehen. Verflechtung galt ebenso als ein politisches Mittel, das autoritäre Gesellschaften öffnet und deren Transformation zu Demokratien vorantreibt.<sup>113</sup> In einer dann vernetzten und demokratischen Welt sollten zugleich auch zwischenstaatliche Kriege ein Phänomen der Vergangenheit werden.

Nicht wenige hofften, dass durch Globalisierung und Digitalisierung eine grundlegende Transformation des Politischen erreicht werden kann. Schien doch in einer Welt, in der Menschen über nationale Grenzen hinweg verbunden sind, die Entstehung einer globalen und kosmopolitisch geprägten Öffentlichkeit möglich, auf deren Basis sogleich eine neue „Weltinnenpolitik ohne Weltregierung“ aufbauen könnte.<sup>114</sup> Im Zuge einer solchen Weltinnenpolitik sollten Menschen rund um den Globus neue Formen der politischen Organisation etablieren, die jenseits des Staates und dessen Kategorien von hierarchisch organisierter Macht, Territorialität und nationaler Identität operieren. Konkret bedeutete dies, dass sich das Politische – angelehnt an das frühe Internet – in dezentrale Netzwerke verlagern sollte, in denen Menschen harmonisch je nach ihren Bedürfnissen, Kompetenzen und Interessen zusammenfinden und neue politische Gemeinschaften begründen.<sup>115</sup> Die Motoren hinter dieser Transformation waren einerseits die neuen technischen Möglichkeiten. Andererseits waren es aber auch die enormen Herausforderungen, welche globale Verflechtung und Entgrenzung

an die Regierungsfähigkeit territorial gebundener Staaten stellten, die der Internetpionier John Barlow daher auch als überkommene Riesen aus Stahl und Kohle bezeichnete.<sup>116</sup> Selbst in westlichen Hauptstädten dominierte damals die Meinung, dass Staaten nur sehr eingeschränkt Verflechtungszusammenhänge adäquat gestalten können, sodass Digitalisierung und Globalisierung lange vor allem im Lichte ihrer positiven Potenziale gefördert wurden.<sup>117</sup> Der politischen Gestaltung von negativen Effekten wurde ebenso wenig Beachtung geschenkt wie den autoritären Bemühungen, sich Verflechtung Untertan zu machen; schienen – mit den Worten Bill Clintons – die Bemühungen doch genauso vielversprechend wie der Versuch, Pudding an die Wand zu nageln.<sup>118</sup>

## Die Realität globaler Verflechtung im Zeitalter von Systemkonkurrenz

Drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges ist der Verflechtungsoptimismus in einen Verflechtungspessimismus gekippt. Hat sich doch gezeigt, dass Verflechtung zwar eine mächtige Kraft der Veränderung ist, die Ergebnisse dieses Wandels aber weitaus ambivalenter sind als ursprünglich gedacht.

Ein Beispiel hierfür stellt der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit dar, im Zuge dessen Menschen heutzutage einerseits die Möglichkeit haben, sich über Grenzen hinweg viel leichter zu vernetzen, im öffentlichen Raum zu artikulieren und sich politisch zu organisieren. Welche demokratiefördernden Potenziale damit einhergehen, ließ sich etwa in den Anfängen des Arabischen Frühlings beobachten. Waren es hier doch gerade soziale Medien, die den digitalen Raum aufspannten, in dem sich das Aufbegehren der Bürgerschaft über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Missstände in ihren Ländern sammeln, konzentrieren und organisieren konnte.<sup>119</sup>

Gleichzeitig ist die Digitalisierung aber auch das Vehikel für eine transnationale antidemokratische Gegenbewegung, eine Art „noisy counter-revolution“.<sup>120</sup> Ein Blick etwa auf die populistische Rechte der Gegenwart zeigt sehr schnell, welche herausragende Rolle das Digitale für diese transnationale Bewegung darstellt: um sich über Grenzen hinweg zu vernetzen, Menschen zu radikalisieren und zu mobilisieren, „alternative Informationsangebote“ zu verbreiten oder Gegenöffentlichkeiten zu konstruieren.<sup>121</sup> Die Geschichte der digitalen Vernetzung des öffentlichen Raums ist aber nicht allein geprägt durch die Gleichzeitigkeit von demokratischer Emanzipation und populistischer Gegenbewegung. Es ist zugleich eine Geschichte von einseitigen Abhängigkeiten, zeigt sich doch, dass der digitale öffentliche Raum heute in den Händen einiger weniger Plattformunternehmen ist.

Im Zuge dessen kontrollieren Unternehmen wie Meta (Facebook), Twitter und neuerdings auch TikTok wesentliche Diskursinfrastrukturen des digitalen Zeitalters. Aus dieser Position heraus setzen diese Unternehmen dann die Regeln, wie Informationen und Meinungen verbreitet sowie Äußerungen gewichtet werden. Letztlich entscheiden sie gar, wer an Diskursen im Digitalen teilnimmt – wie etwa der viel diskutierte Ausschluss Donald Trumps von Twitter im Januar 2021 anschaulich verdeutlichte.

## Unternehmen wie Meta (Facebook), Twitter und neuerdings auch TikTok kontrollieren wesentliche Diskursinfrastrukturen des digitalen Zeitalters.

Mit der Herausbildung einer neuen digitalen Öffentlichkeit hat sich also nicht allein eine Abhängigkeit von Plattformunternehmen etabliert, die die Entstehung des von Shoshana Zuboff sezierten Überwachungskapitalismus ermöglichte. Es hat sich ein Diskursrahmen im Digitalen aufgespannt, bei dem an die Stelle demokratischer Diskursansprüche und journalistischer Qualitätskriterien die ökonomischen Interessen global agierender Unternehmen getreten sind.<sup>122</sup> Infolgedessen zählt im digitalen Raum nicht das fundierte Argument, wie es idealtypisch in der liberalen bürgerlichen Öffentlichkeit seit dem 18. Jahrhundert angelegt ist. Es zählt das Lautere, das Radikalere und das in der Echokammer Konforme; ist es doch letztlich das, was die Aufmerksamkeit von Menschen bindet und damit das Geschäftsmodell dominierender sozialen Plattformen befeuert. Zwar sind soziale Medien und deren *Free-service-for-your-data*-Geschäftsmodell nicht die alleinige Ursache von Falschinformationen, Hate Speech, Polarisierung oder Echokammern. Mit ihren auf Gewinnmaximierung statt Demokratiestärkung ausgerichteten algorithmischen Regelsetzungen und ihrer Omnipräsenz in allen Lebensbereichen wirken sie allerdings wie Brenngläser für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Als solche bündeln und verstärken sie diese in einem Maß, dass gesellschaftliche Grundlagen von Demokratien auch im Analogen erodieren, ob gesellschaftlicher Zusammenhalt, Konsensfähigkeit oder Debattenkultur.<sup>123</sup>

Während im Falle sozialer Medien die Effekte eher eine Nebenfolge darstellen, sind sie im Falle Chinas Ergebnis jahrzehntelanger strategischer Bemühungen.<sup>124</sup> China ist es nicht nur gelungen, zu einem der zentralen Herausforderer von Demokratien und liberaler Ordnung aufzusteigen und einen neuen Systemwettbewerb zu entfachen. Das Land hat auch den Beweis angetreten, dass wirtschaftliche

und technologische Verflechtung autoritäre Strukturen stärken und durch diese als Machtinstrument eingesetzt werden können. Ein zentraler Baustein hierfür ist der digitale Autoritarismus Chinas, der nicht weniger ist als ein umfassendes technologisch-soziales Ordnungsmodell für das 21. Jahrhundert.<sup>125</sup>

Nach innen gerichtet impliziert der digitale Autoritarismus die Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologie zur Überwachung und Steuerung der chinesischen Gesellschaft. Dies umschließt den flächendeckenden Einsatz von Überwachungskameras, die Nutzung modernster KI-Systeme zur Auswertung von Überwachungsdaten oder auch die Errichtung der sogenannten Great Firewall, sodass der Behördenapparat in China heute in der Lage ist, einen überwachten sowie überwachenden digitalen Raum zu errichten.<sup>126</sup> Zusätzlich hat China ein alle Lebensbereiche erfassendes Social-Credit-System geschaffen, durch das gewünschtes Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Unternehmen honoriert und unerwünschtes Verhalten sanktioniert wird.<sup>127</sup> Teil des digitalen Autoritarismus ist zugleich ein staatlich unterstütztes Unternehmens- und Innovationsökosystem im Hochtechnologiebereich. Dieses stellt nicht nur Überwachungstechnologie direkt bereit. Es schafft ein Hochtechnologieumfeld, dass die Transformation Chinas zu einer führenden Innovations- und Wirtschaftsmacht trägt. Diese Transformation ist zentral, da diese den machtpolitischen Aufstieg Chinas verstetigt.

Der Aufstieg wird weiterhin befördert, indem dieses Modell und die zugehörige Technologie an autoritäre Staaten exportiert werden. Zusätzlich setzt sich China in internationalen Gremien für eine autokratiefreundliche Ordnung ein. Dies beinhaltet sowohl das Engagement zugunsten eines staatszentrierten Governance-Modells für das Internet als auch die Versuche, bestimmte Standards voranzutreiben, welche etwa die Architektur des digitalen Raums nachhaltig verändern würden (New IP). Doch damit nicht genug. Nach außen gerichtet beinhaltet Chinas Ordnungsmodell ebenso den Einsatz von Cyberangriffen, die digitale Überwachung von Dissidentinnen und Dissidenten im Ausland, E-Spionage und die machtpolitische Instrumentalisierung wirtschaftlich-technologischer Verflechtung. Diese zeigt sich innerhalb Europas nicht nur bei südost- und südeuropäischen Ländern wie Griechenland, das lange als Drachenkopf der chinesischen Seidenstraße galt.<sup>128</sup> Sie offenbarte sich ebenso in der deutschen 5G-Debatte.<sup>129</sup>

Hierbei kommt sicherlich vielen die Drohung der Erhebung von Zöllen auf deutsche Exporte nach China in den Sinn; eine Drohung, deren Wirkmächtigkeit auf der starken Abhängigkeit vieler deutscher Großunternehmen von China als Absatzmarkt fußte. Kaum berücksichtigt wird oft der Umstand, dass Deutschland gegenüber einem Ausschluss chinesischer Hersteller auch deshalb zurückhaltend war, weil diese bereits in erheblichem Maße in Mobilfunkstrukturen eingebettet sind. Da das 5G-Netz in Deutschland auf diesen aufgebaut wird, hätte ein Ausschluss eine Umrüstung von Infrastrukturen in erheblichem Umfang zur Folge gehabt. Außerdem können chinesische Unternehmen wie Huawei oder ZTE – dank staatlicher

Unterstützung – Produkte in hoher Stückzahl zu günstigen Konditionen anbieten. Daher waren sie aus Sicht vieler Netzbetreiber auch ein wichtiger Baustein für einen schnellen und flächendeckenden 5G-Ausbau in Deutschland. Dieser wiederum ist unerlässlich, da schnell und preisgünstig verfügbare 5G-Netze ein *enabler* für bedeutende Zukunftsindustrien und -anwendungen darstellen und damit auch für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Verflechtung schafft, wenn sie einseitig ist, also nicht nur ein direktes Einfallstor für die Beeinflussung von Dritten, es entstehen ebenso Pfadabhängigkeiten, die den Handlungsspielraum von Demokratien gegenüber Autokratien erheblich einschränken.

Bei Verflechtungsrisiken kommt niemand umhin, sich Russlands Gasexporten zuzuwenden – zeigt sich doch hier, wie kritische Abhängigkeiten instrumentalisiert werden können. Bereits ab Januar 2021 hatte das russische Unternehmen Gazprom begonnen, seinen Verkauf von Erdgas nach Deutschland über seine eigene Handelsplattform zu reduzieren. Drei Monate später stellte Gazprom den zusätzlichen Verkauf von Gas jenseits langfristiger Lieferverträge ein, sodass sich allein bis September 2021 die Preise für Erdgas auf dem Weltmarkt verdreifachten. Einen weiteren Monat später – zum Beginn der Heizperiode und trotz steigender Preise – drosselte Gazprom nicht nur temporär die Gaslieferungen nach Deutschland über die Nord-Stream-1-Pipeline, obwohl es zusätzliche Reserven hätte liefern können. Über die durch Polen verlaufende Gaspipeline Jamal floss gar kein Gas mehr. Parallel zu der systematischen Reduzierung der Gaslieferungen hatte Gazprom außerdem für die Erfüllung langfristiger Lieferverträge vermehrt Gas aus seinen deutschen Speichern abgeführt (die rund 25 Prozent der gesamten deutschen Gasspeicherkapazitäten bilden). Infolgedessen war etwa der größte Gasspeicher Deutschlands in Rehden, der seit 2015 in den Händen einer Tochterfirma Gazproms ist, im Januar 2022 nur noch zu 4,3 Prozent gefüllt – wodurch sich die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Gaslieferungen nochmals verstärkt hat.

Wurde lange Zeit angenommen, hierbei handelt es sich um politischen Druck Russlands, um die Zulassung des hochumstrittenen Nord-Stream-2-Projekts durchzusetzen, offenbarte sich mit der Zäsur vom 23. März 2022 das reale strategische Kalkül. Aufgrund der Maßnahmen Gazproms – konträr zu einer rein wirtschaftlich orientierten Handlungsweise eines Unternehmens – ist eine Situation entstanden, in der Europa nicht nur jeden Tag 660 Millionen Euro überweist, die den Krieg Russlands in der Ukraine mitfinanzieren. Zugleich besitzt Deutschland als europäische Führungsmacht noch weniger Gasreserven und damit letztlich Handlungsspielraum, um sich der zwei Jahrzehnte währenden Abhängigkeit von russischem Erdgas zu entziehen – einem Rohstoff, der im Vergleich zu Öl und Kohle weitaus schwieriger zu substituieren ist.

## Politik im Lichte der Ambivalenz von globaler Verflechtung

Mit der Zunahme von globaler Verflechtung für Demokratien im Kontext des Systemwettbewerbs sind neue Herausforderungen entstanden. Diese beginnen bei der Erosion gesellschaftlicher Grundlagen von Demokratien und reichen über die Einschränkung von politischen Handlungsräumen gegenüber autoritären Regimen bis hin zu strategischen Vulnerabilitäten.

Gleichzeitig ist die Sensibilität für die Schattenseite globaler Verflechtung bei politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie in der Expertenlandschaft gestiegen. Infolgedessen gibt es gegenwärtig eine Vielzahl an Initiativen gerade im europäischen Rahmen, welche darauf abzielen, wirtschaftliche und technologische Verflechtung strategischer zu gestalten.

Im Hinblick auf die Dominanz weniger Plattformunternehmen etwa gibt es eine Vielzahl weitreichender Gesetzesvorhaben und staatlicher Initiativen, um den wirtschaftlichen Wettbewerb in Zeiten der Plattformökonomie zu stärken (siehe Digital Markets Act, Data Act) und demokratieschädliche Effekte der Digitalisierung des öffentlichen Raums einzuhegen (siehe Digital Services Act). Darüber hinaus wird daran gearbeitet, der starken Konzentration von digitalen Infrastrukturen und zentralen Dienstleistungen im digitalen Zeitalter entgegenzuwirken (siehe Gaia-X), problematische Abhängigkeiten durch den Aufbau eigener Kapazitäten abzubauen (siehe EU Chips Act) und die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Innovationskraft der europäischen Wirtschaft im Bereich von Schlüsseltechnologien und Zukunftsindustrien zu stärken.

Mit Blick auf China gibt es ebenso eine Vielzahl an Bemühungen, ein *Level Playing Field* zu etablieren und dem Einfluss des digitalen Autoritarismus entgegenzutreten. Sei es dabei durch die Stärkung von Netzwerken unter Wertepartnern in internationalen Organisationen und Standardisierungsgremien, stärkere Investitionskontrollen zur Verhinderung des Abflusses von Spitzentechnologie nach China oder auch eine stärkere Kooperation mit den USA im Technologie- und Digitalbereich, wofür die Gründung des EU-US Trade and Technology Councils die Tür zumindest aufgestoßen hat. Darüber hinaus werden aber auch gezielt Maßnahmen ergriffen, um problematische (!) Abhängigkeiten von China in einigen Bereichen zu reduzieren (siehe etwa die EU-Initiativen in den Bereichen Seltene Erden und 6G). Klar ist hier, dass Deutschland und Europa einen Weg einschlagen, bei dem sie sich nicht vom zweitgrößten Handelspartner grundlegend entkoppeln, wohl aber problematische Abhängigkeiten zunehmend adressieren.

Dies ist bei der starken Abhängigkeit Deutschlands gegenüber Russland im Energiebereich anders, wo eine grundlegende Entkoppelung angestrebt wird. Entsprechend intensiv sind die Bemühungen um eine stärkere Diversifizierung der Energieimporte und -zulieferer, den Ausbau erneuerbarer Energieträger oder die Diskussionen um die Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern. Zusätzlich werden außerdem Möglichkeiten für die Senkung des Energieverbrauchs diskutiert wie auch Wege, die Folgen von steigenden Energiepreisen für Wirtschaft und Bevölkerung abzufedern. Gerade aber bei dem als Brückentechnologie ausgemachten Energieträger Gas existieren besonders hohe Hürden beim Abbau von Abhängigkeiten.

Zunehmend macht sich eine Art Gegenentwurf zum Verflechtungsoptimismus der 1990er-Jahre breit, bei dem weniger die Ambivalenz als vielmehr die Risiken und Gefahren der Globalisierung und Digitalisierung im Vordergrund stehen. Infolgedessen gewinnen Deglobalisierungs- und Entflechtungsforderungen im politischen Raum ebenso an Einfluss wie stark staatszentrierte Ansätze zur Reduzierung von Abhängigkeiten. Das Problem der ersten Tendenz liegt darin, dass sowohl die enormen wirtschaftlichen Vorteile und Wohlfahrtseffekte von Verflechtung in den Hintergrund treten als auch die machtpolitischen Potenziale für Demokratien, können diese sich doch ebenso Verflechtungszusammenhänge strategisch zunutze machen. Das Problem bei staatszentrierten Ansätzen wiederum ist, dass staatliche Übersteuerung – gerade im Technologie- und Innovationsbereich – die hohe Gefahr von Ineffizienz, Fehlsteuerung oder gar Wirkungslosigkeit impliziert.

## Ansatzpunkte für einen strategischen Umgang mit globaler Verflechtung

Globale Verflechtung strategisch zu gestalten, ist eine Aufgabe, die nahezu alle Politikfelder umfasst und in diesen sehr spezifische Lösungen verlangt. Gleichzeitig bedürfen einzelne Lösungen aber der Einbettung in einen größeren strategischen Rahmen.

Globale Verflechtung ist ein definierendes Merkmal der Gegenwart. Sie birgt für Demokratien sowohl enorme wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Potenziale als auch große Herausforderungen. Soll Verflechtung adäquat politisch gestaltet werden, ist es entscheidend, den vermeintlich einfachen Reflexen der Entflechtung und Deglobalisierung zu widerstehen. Stattdessen sollte deren Ambivalenz mit dem Ziel in den Blick genommen werden, sie im Sinne eigener Interessen und Ordnungsvorstellungen strategisch zu gestalten. Dies bedeutet, dass nicht allein eine defensive Orientierung

verfolgt werden sollte, die darauf abzielt, die Möglichkeiten der Einflussnahme Dritter auf Europa und Deutschland über Abhängigkeiten und Verflechtungszusammenhänge klug zu minimieren. Es ist zugleich zu eruieren, wie Verflechtung offensiv genutzt werden kann, um eigene Interessen und Ordnungsvorstellungen durchzusetzen und die Wettbewerbsfähigkeit sowie Innovationskraft Europas und Deutschlands nachhaltig zu stärken. Aufgrund ihrer Offenheit, globalen Verflochtenheit, Innovationskraft und wirtschaftlichen Stärke haben Demokratien eine Vielzahl an Einflussmöglichkeiten, die bis heute nur teilweise ausgeschöpft werden.

Damit Demokratien Verflechtungszusammenhänge im Sinne eigener Interessen und Ordnungsvorstellungen gestalten können, wird es entscheidend sein, als Wertepartner stärker zu kooperieren. Ein möglicher Schritt wäre, einen Technologierat der Demokratien zu gründen, in dem Demokratien aus Europa, Nordamerika, Lateinamerika, Asien und Afrika vertreten sind. In diesem könnten dann zentrale technologie-, wirtschafts-, forschungs- und digitalpolitische Gestaltungsfragen adressiert und Kooperationspotenziale im Bereich von Schlüsseltechnologien und Zukunftsindustrien ausgelotet werden. Ein solcher Rat könnte sich an die Struktur des EU-US Trade and Technology Councils mit seinen Arbeitsgruppen und der Einbindung verschiedener Stakeholder anlehnen. Alternativ könnten diese Fragen aber auch in bestehenden Formaten, wie dem neu gegründeten Summit for Democracy, verankert werden – dies müsste allerdings dauerhaft geschehen. Durch eine stärkere Kooperation können Demokratien nicht nur ihre Gestaltungsmacht und Synergien im Innovationsbereich besser nutzen. Letztlich ist im Kontext des Systemwettbewerbs der Beweis anzutreten, dass Demokratien bei Innovationen, Wohlstand, Freiheit und Nachhaltigkeit die besseren Ergebnisse hervorbringen. Zusätzlich zu institutionellen Neuerungen wird es ebenso entscheidend sein, dass Demokratien in bestehenden internationalen Organisationen und Foren – die für die Gestaltung wirtschaftlicher und technologischer Verflechtungszusammenhänge bedeutend sind – sich stärker koordinieren. Es gilt, bestehende informelle und formale Netzwerke weiter auszubauen. Ebenso wäre es an der Zeit, Freihandelsabkommen zwischen liberalen Gesellschaften wieder stärker als ein strategisches Werkzeug im Systemwettbewerb einzusetzen.

Dafür müssen Institutionen geschaffen werden, die dies leisten können. Die strategische Gestaltung von Verflechtungszusammenhängen ist eine querschnittliche Aufgabe, die in ihrer Gleichzeitigkeit von Breite und Tiefe anzunehmen ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, in Deutschland die Schaffung eines Bundessicherheitsrats weiter voranzutreiben. Ein Bundessicherheitsrat wäre ein strategisches Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungsgremium, das einen essenziellen Beitrag zur strategischen Gestaltung von Verflechtung leisten kann. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus allen relevanten Ressorts sollte dieser sowohl um ein Element der strategischen Vorausschau als auch einen Beirat aus Wissenschaft und Wirtschaft ergänzt werden. Dadurch könnten sowohl die Expertise weiterer Stakeholder mobilisiert sowie Analysen und Entscheidungen zukunftsorientiert ausgerichtet werden. In die-

ser Position kann ein Bundessicherheitsrat zugleich eine Debatte über marktwirtschaftlich fundierte Instrumente anstoßen, um Verflechtung nicht nur im Sinne, sondern auch im Geiste liberaler Ordnungsvorstellungen mit den Mitteln des Marktes, des fairen Wettbewerbs und staatlich kluger Rahmenseetzungen zu gestalten.

Autor

**Sebastian Weise** ist Referent für „Digitale Demokratie“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 112 Leonard, Mark 2016 (Hrsg.): Connectivity Wars: Why Migration, Finance and Trade are the Geo-Economic Battlegrounds of the Future, European Council on Foreign Relations, London.
- 113 Friedman, Thomas L. 2000: Censors Beware, The New York Times, 25.07.2000, S. 25.
- 114 Habermas, Jürgen 1998: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie: Politische Essays, Frankfurt a. M.
- 115 Knopf, Alfred A./Katz, Jon 1997: Birth of a Digital Nation, Wired, 01.04.1997, in: <https://www.wired.com/1997/04/netizen-3/> [03.03.2022].
- 116 Barlow, John Perry 1996: A Declaration of the Independence of Cyberspace, Electronic Frontier Foundation, 08.02.1996, in: <http://homes.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html> [03.03.2022].
- 117 Pohle, Julia/Thiel, Thorsten 2019: Digitale Vernetzung und Souveränität, Genealogie eines Spannungsverhältnisses, in: Borucki, Isabelle /Schünemann, Wolf Jürgen (Hrsg.): Internet und Staat, Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung, Baden-Baden, S. 57–80.
- 118 Merkel-Hess, Kate/Wasserstrom, Jeffrey N. (2010): Will the Real Chinese Internet Please Stand Up?, Dissent Magazine, 11.02.2010, in: [https://www.dissentmagazine.org/online\\_articles/will-the-real-chinese-internet-please-stand-up](https://www.dissentmagazine.org/online_articles/will-the-real-chinese-internet-please-stand-up) [03.03.2022].
- 119 Breuer, Anita 2013: The Role of Social Media in Mobilizing Political Protest: Evidence from the Tunisian Revolution, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 10/2012, in: [https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP\\_10.2012.pdf](https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_10.2012.pdf) [03.03.2022].
- 120 Rensmann, Lars 2017: The Noisy Counter-Revolution: Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age, Politics and Governance 5 (4): 123–135.
- 121 Weisskircher, Manès 2020: Neue Wahrheiten von rechts außen? Alternative Nachrichten und der „Rechtspopulismus“ in Deutschland, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33: 2, S. 474–490; Jasser, Greta/Wankmüller, Agnes 2020: Alt-Right, Alt-Tech, Alt-Internet? Rechte Online Plattformen und ihre Funktion, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33: 2, S. 506–512.
- 122 Diese Situation beschrieb der US-amerikanische Professor Nate Persily einmal treffend wie folgt: „Google and Facebook have more power over the information ecosystem than any institution since the pre-Reformation Catholic Church. Their algorithms and their content moderation policies are taking the form of law.“ Milano, Brett 2018: The algorithm has primacy over media ... over each of us, and it controls what we do, Harvard Law School, 18.11.2021, in: <https://today.law.harvard.edu/the-algorithm-has-primacy-over-media-over-each-of-us-and-it-controls-what-we-do/> [03.03.2022].
- 123 Persily, Nate 2017: Can Democracy Survive the Internet?, Journal of Democracy 28: 2, S. 64–76.
- 124 Taubman, Geoffrey 1998: A not-so World Wide Web: The Internet, China, and the challenges to nondemocratic rule, Political Communication 15: 2, S. 255–272, hier S. 262.
- 125 Für eine umfassende Übersicht siehe US Senate 2020: The New Big Brother, China and Digital Authoritarianism, in: <https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/2020%20SFRC%20Minority%20Staff%20Report%20-%20The%20New%20Big%20Brother%20-%20China%20and%20Digital%20Authoritarianism.pdf> [03.03.2022].
- 126 Polyakova, Alina/Meserole, Chris 2019: Exporting Digital Authoritarianism, The Russian and Chinese Models, Brookings Policy Brief, in: [https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2019/08/FP\\_20190827\\_digital\\_authoritarianism\\_polyakova\\_meserole.pdf](https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2019/08/FP_20190827_digital_authoritarianism_polyakova_meserole.pdf) [03.03.2022].
- 127 Für einen Eindruck zum *Social Scoring System* siehe die grafische Übersicht von Bertelsmann Stiftung 2022: China's Social Credit System, in: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/aam/Asia-Book\\_A\\_03\\_China\\_Social\\_Credit\\_System.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/aam/Asia-Book_A_03_China_Social_Credit_System.pdf) [03.03.2022].
- 128 Brattberg, Erik et al. 2021: China's Influence in Southeastern, Central, and Eastern Europe, Vulnerabilities and Resilience in Four Countries, Carnegie Endowment for International Peace Report, in: [https://carnegieendowment.org/2021/10/13/china-s-influence-in-southeastern-central-and-eastern-europe-vulnerabilities-and-resilience-in-four-countries-pub-85415&ved=2ahUKewj3\\_r7E1pr2AhVrk-0kEHawZCH8QtWj6BAgAEE&usq=AOvVaw0YjNNHIm-ckEti7JnGgrbMS](https://carnegieendowment.org/2021/10/13/china-s-influence-in-southeastern-central-and-eastern-europe-vulnerabilities-and-resilience-in-four-countries-pub-85415&ved=2ahUKewj3_r7E1pr2AhVrk-0kEHawZCH8QtWj6BAgAEE&usq=AOvVaw0YjNNHIm-ckEti7JnGgrbMS) [23.02.2022].
- 129 Für die Grundlagen des Abschnitts siehe Weise, Sebastian 2021: Eine Bilanz der 5G-Debatte, Analysen und Argumente, 18.03.2021, in: <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/eine-bilanz-der-5g-debatte> [23.02.2022].